

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

18.10.2021

Inhalt

EWN

1 Sorge in MV über Anti-EU-Kurs Polens: „Polexit wäre Katastrophe für Menschen hier“ <i>Ostsee-Zeitung.de, 17.10.2021</i>	3
2 Warum der Atommüll noch lange in Schwaben bleiben wird <i>br.de, 16.10.2021</i>	4
3 Radioaktivität selbst messen <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.10.2021</i>	6

 Ostsee-Zeitung.de | 17.10.2021

 Martina Rathke

 WEBLINK

Sorge in MV über Anti-EU-Kurs Polens: „Polexit wäre Katastrophe für Menschen hier“

Polen ist zweitgrößter Außenhandelspartner für MV. Die rechtskonservative Regierungspartei PiS macht in Warschau Stimmung gegen die EU. Im MV wächst die Sorge, die Beziehungen könnten sich verschlechtern und Polen aus der EU aussteigen.

Rostock. Der Anti-EU-Kurs Polens bereitet der Wirtschaft und Politik in MV zunehmend Sorge und lässt Befürchtungen eines möglichen EU-Austritts Polens wachsen. Tausende Polen hatten am vergangenen Wochenende gegen einen Polexit demonstriert. „Wir sehen die Diskussionen mit Sorge“, sagt der Geschäftsführer der IHK Neubrandenburg, Torsten Haasch. Ein Polexit wäre ein Zurück zu den 1990er Jahren, was niemand in der Grenzregion wolle.

Schwesig: „Polen gehört zur Europäischen Union“

Nach einer umstrittenen Justizreform hatte das polnische Verfassungsgericht Anfang Oktober entschieden, nationales Recht über EU-Recht zu stellen. Die EU-Kommission hatte daraufhin auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gedrungen. Der Streit heizte Diskussionen um einen möglichen EU-Austritt Polens an. Klare Worte von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD): „Polen gehört zur Europäischen Union. Wir wünschen uns, dass es auch so bleibt.“ Es sei richtig, dass Deutschland die EU bei der Durchsetzung europäischen Rechts unterstütze, sagt Innen- und Europaminister Torsten Renz (CDU). „Der Polexit wäre eine Katastrophe für die EU, insbesondere auch für Mecklenburg-Vorpommern.“

Zweitgrößter Außenhandelspartner

Polen ist nach den Niederlanden mit 1,2 Milliarden Euro der zweitwichtigste Außenhandelspartner MVs. Der östliche Landesteil ist mit der polnischen Wojewodschaft Westpommern eng verzahnt und profitiert stark von der Arbeitnehmerfreizügigkeit und dem EU-Binnenmarkt. 400 Firmen mit polnischen Chefs arbei-

ten laut IHK auf deutscher Seite, etwa 250 deutsche Unternehmen in Polen. Rund 3600 bis 4000 Polen sind sozialversicherungspflichtig in MV beschäftigt, vor allem im Tourismus und in der Pflege.

Brexit als warnendes Beispiel

„Ein Polexit wäre für MV extrem belastend“, sagt der Rostocker Politologe Wolfgang Muno. Er denke nicht, dass Polen den Streit mit der EU auf die Spitze treiben werde. „Die rechtskonservative PiS-Partei ist zwar nationalistisch und populistisch, aber nicht dumm.“ Polen sei mit 13,2 Milliarden Euro der größte Empfänger von EU-Geldern. „Der Brexit zeigt, was für katastrophale Folgen ein EU-Ausstieg hat.“ Muno interpretiert die antieuropäischen Töne als Teil des beginnenden Wahlkampfes. Das Oppositionsbündnis führt der proeuropäische Ex-Premier Donald Tusk an.

Mehrheit glaubt an die EU

Die große Mehrheit der Polen (88 Prozent) ist für einen Verbleib des Landes in der EU, ergab eine Befragung von United Surveys. Nur gut 7 Prozent finden, dass Polen die EU verlassen sollte. Einen Austritt Polens halten gut 57 Prozent für unwahrscheinlich, knapp 30 Prozent sehen dies allerdings als realistisches Szenario.

„Wir konzentrieren uns weiter darauf, wie wir die Metropolregion Stettin voranbringen können“, sagt IHK-Chef Haasch. Die Botschaft: Den politischen Streit zwischen Brüssel und Warschau außen vor lassen und den Blick auf die Wirtschaft richten. Minister Renz fordert, bereits im Oppositionsmodus: „Die Landesregierung muss ihre Beziehungen zu Polen deutlich ausbauen.“

Warum der Atommüll noch lange in Schwaben bleiben wird

Der Atommüll im Zwischenlager in Gundremmingen wird nach Ansicht des Kernenergie-Experten Michael Sailer noch bis ungefähr 2080 dort bleiben. Die Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager läuft aber nur bis 2046: Ein Problem, sagt Sailer.

Es wird noch viele Jahrzehnte dauern, bis der hochradioaktive Atommüll aus dem Zwischenlager in Gundremmingen abtransportiert wird. Das sagt Michael Sailer, renommierter Kernenergie-Experte, der unter anderem Vorsitzender der deutschen Reaktorsicherheitskommission war und lange am Öko-Institut gearbeitet hat.

Sailer: Allein die Atommüll-Transporte dauern Jahrzehnte

Der Atommüll aus den Zwischenlagern in Deutschland, kann erst dann abgeholt werden, wenn es ein Endlager gibt. Zur Zeit suchen Experten noch nach einem Standort für das Endlager, und das kann dauern, sagt Sailer im BR-Interview: "Bis spätestens 2031 soll er gefunden sein. In einem zweiten Schritt muss das Endlager gebaut werden, wir rechnen mit einer Fertigstellung um das Jahr 2050. Und erst dann beginnt der Transport des hochradioaktiven Materials aus den Zwischenlagern. Insgesamt dürften diese Schwertransporte noch mal 30 Jahre dauern." Nach Sailers Ansicht sind die Zwischenlager deshalb frühestens im Jahr 2080 Geschichte, "wenn es gut läuft", sagt er.

Zwischenlager Gundremmingen: Genehmigung nur bis 2046

Das Zwischenlager in Gundremmingen hat aber nur bis zum Jahr 2046 eine Genehmigung für den Betrieb. Und das hat, Sailer zufolge, einen guten Grund. Die deutschen Zwischenlager sind Anfang der 2000er Jahre genehmigt worden, innerhalb der ersten 40 Jahre werden sie laut Sailer voraussichtlich gut funktionieren: "Aber wenn die Zwischenlager 60 oder 80 Jahre bleiben, was wahrscheinlich ist, dann spielt die Abnutzung eine große Rolle. Da ist die Frage, ob die Dichtungen halten oder was eigentlich mit den Brennelementen in den Behältern passiert." Deshalb sollten sich nach Ansicht Sailers Fachleute jetzt schon überlegen,

wie es mit den Zwischenlagern nach 2046 weitergehen könnte.

Wie gefährlich sind Atommüll-Zwischenlager?

Bei Atommüll-Zwischenlagern besteht laut Michael Sailer immer die Gefahr, dass sie schleichend undicht werden - je älter sie sind, desto höher die Gefahr: "Es gibt auch aber auch das Problem, dass ein Zwischenlager in Zukunft vielleicht, sagen wir, in unglücklicheren Umständen betrieben wird. Man kann ja nie ganz ausschließen, dass irgendwann ein Krieg kommt oder in einer schweren Krise die Finanzierung nicht mehr gewährleistet ist und dann vielleicht Wachleute nicht mehr bezahlt werden."

Ein Endlager für eine Million Jahre

Das Atommüll-Endlager soll für eine Million Jahre ausgelegt sein. Sailer zufolge ist das im Prinzip auch realistisch, es kommt allerdings sehr auf das Gestein an, in dem der radioaktive Müll liegt. Als Wirtsgesteine gelten Salz, Ton oder Granit. "Bei Salz dauert es zum Beispiel nur ein paar hundert Jahre bis die Atommüll-Behälter eingeschlossen sind, bei Ton sind das ein paar tausend Jahre. Aber Salz ist andererseits problematisch bei Wassereintritt. Insgesamt kommt es auch sehr auf die Dicke der Gesteinsschichten an."

Keine Rückkehr der Atomkraft in Deutschland

Im Zuge der Klimakrise und dem Willen CO₂ einzusparen, wird auch die Rückkehr zur Atomkraft diskutiert. In Deutschland wird es laut Sailer aber keine Renaissance der Atomenergie geben. Die jetzigen Unternehmen seien nicht mehr daran interessiert, neue Kernkraftwerke zu bauen: "Und die sechs Kernkraftwerke, die noch im Betrieb sind, da gibt es so viele technische Details, um die man sich schon vor Jahren hätte kümmern müssen. Die Atomkraftwerke fahren jetzt alle auf ihr vorgesehenes Ende hin und das ist auch nicht mehr zu ändern".

Sailer: Proteste verstärken die Zwischenlager- Problematik

Wichtig wäre aus Sicht Sailer, sich jetzt auf die End-

lagersuche zu konzentrieren und sie auch nicht durch Proteste weiter hinauszuzögern: "Denn je länger die Suche dauert, umso länger bleibt der Müll in den problematischen Zwischenlagern."



📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 18.10.2021 | S. 7

📄 Auflage: 210.488 | Reichweite: 940.692

👤 Manfred Lindinger

Radioaktivität selbst messen

In der Nähe der Schachanlage Asse II werden Bürger in ein neues Projekt eingebunden.

FRANKFURT. Wohin mit den rund 126 000 Fässern schwach- und mittelradioaktiver Abfälle, die in der maroden Schachanlage Asse II im Landkreis Wolfenbüttel in Niedersachsen lagern, ist nach wie vor eine offene Frage. Weil schon länger Wasser eindringt und langfristig eine Umweltkatastrophe drohen könnte, muss das Atommülllager geräumt und der brennende Abfall, der vor allem aus Kernkraftwerken, der Forschung und von Krankenhäusern stammt, woanders zwischengelagert werden, spätestens bis zum Jahr 2033. Um frühere Fehler wie in Gorleben zu vermeiden, soll die Bevölkerung der Region bei der Rückholung des radioaktiven Materials aus dem Schacht eingebunden werden.

Vor diesem Hintergrund ist jetzt eine öffentlich zugängliche Messstelle für Umweltradioaktivität in der Gemeinde Remlingen-Semmenstedt unweit der Asse eingerichtet worden. An einem modernen Gamma-Spektrometer können dort interessierte Bürger und Schüler lernen, Radioaktivität von Umweltproben aus der Umgebung selbst zu messen und die gemessenen Werte zu interpretieren und einzuschätzen. Betreut wird dieses in Deutschland bislang einmalige Projekt

von Wissenschaftlern des Instituts für Radioökologie und Strahlenschutz der Leibniz Universität in Hannover. "Das Messgerät ist so empfindlich, dass es zwischen natürlicher und künstlicher Radioaktivität unterscheiden kann", sagt Clemens Walther, stellvertretender Sprecher des Projekts.

Durch den Einbezug der lokalen Bevölkerung in die Messung von Umweltradioaktivität hofft man, eine wissenschaftlich fundierte Basis für den öffentlichen Diskurs über das nach wie vor zu lösende Problem der Endlagerung radioaktiver Stoffe zu schaffen. Die Forscher aus Hannover stützen sich auf Erfahrungen in den Vereinigten Staaten, wo etwa im ehemaligen Atomwaffentestgelände in Nevada schon in den Achtzigerjahren Messstellen für die Bevölkerung eingerichtet wurden. Indem Bürgern die Möglichkeit eröffnet werde, "eigene Messexpertise aufzubauen, Daten korrekt zu interpretieren, und Messergebnisse konsequent veröffentlicht werden, wird in diesem sensiblen Themenfeld ein wichtiger Beitrag zur informativen Selbstbestimmung in der Bevölkerung geschaffen", sagt Walther.